

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgezeigte Peritzelle kostet 15 Pfennig, die Reklamseite 30 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 120

Dienstag, den 14. Oktober 1913

12. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält eine Beilage.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche für das Kalenderjahr 1914 ein Gewerbe im Umbezirk betreiben wollen, werden hiermit aufgefordert, die Anträge bis zum 15. Oktober d. Js. im Rathaus, Zimmer 5, in den Dienststunden von 8—3 Uhr geltend zu machen.

Die Antragsteller haben den alten Wandergewerbekarte und eine unausgefüllte Photographie im Visitenkartenformat beizubringen.

Ich empfehle die rechtzeitige Stellung dieser Anträge und bemerke, daß Personen, die im neuen Jahre das Gewerbe ausüben und noch nicht im Besitze eines gültigen Wandergewerbekarte sind, sich strafbar machen. Birkenwerder, den 19. September 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Bei einem getöteten Hunde des Keepers Beyer Hohen Neuendorf, Schönfließstraße 21, ist Tollwut festgestellt worden. Diejenigen Personen, welche in den letzten Wochen mit dem Hunde irgendwie in Berührung gekommen sind, wollen sich umgehend im Rathaus, Zimmer 5 melden. Birkenwerder, den 8. Oktober 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

In der vergangenen Woche sind dem Malermeister Hermann Leifert, von seinem Grundstück, Klarastraße 4 in Hohen Neuendorf, zwei Leitern von je 6 m Länge entwendet. Sollte etwas über den Verbleib der Leitern bekannt werden, so bitte ich um Mitteilung. Birkenwerder, den 8. Oktober 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Verloren ein schwarzes Portemonnaie mit Inhalt, in Hohen Neuendorf, auf dem Wege von der Gasanstalt zur Kaiser-Wilhelmstraße. Birkenwerder, den 4. Oktober 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Die Kreisbahnhöfe Dranienburg-Schmachleben sind am 6. bis 25. Oktober d. Js. wegen Neubauteils der Steinbahnen für Fußverkehr gesperrt. Birkenwerder, den 9. Oktober 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Die Aufnahme des Personenstandes zum Zwecke der Staatssteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1914 findet am 15. Oktober d. Js. statt. Die Hauslisten, durch welche die Aufnahme zu bewirken ist, werden den Hauseigentümern oder deren Stellvertretern vorher zugestellt.

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes ist jeder Haushaltungsvorstand verpflichtet, den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter durch Ausfüllung der Spalten 1—8 der Listen zu erteilen. Auf die Verpflichtung zur genauen Ausfüllung der Spalten 2—8 mache ich besonders aufmerksam.

Wer diese Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist garnicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, unterliegt einer Geldstrafe bis zu 300 Mark.

Zur Vermeidung einer unrichtigen Einschätzung wird empfohlen, die beanspruchten Abzüge, insbesondere die Hypothekenzuschüsse in Spalte 15 der Liste genau zu bezeichnen. Vom 16. d. Mts. ab sind die Listen zur Abholung bereit zu halten; sie können auch im Gemeindebüro — Zimmer 2 des Rathauses, — abgegeben werden. Birkenwerder, den 8. Oktober 1913.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

### Hohen Neuendorf.

#### Bekanntmachung.

Am Freitag, den 17. Oktober d. Js., nachmittags 6 Uhr findet in dem Sitzungssaale (Schulhaus), Berlinerstr. 48/49 eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Bemerkten ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

#### Tagesordnung:

1. Gewährung eines Ehrensolds an die Veteranen, welche wegen geringen Einkommens steuerfrei veranlagt sind.
2. Ueberlassung einer Schulkasse für die weibliche Jugendpflege etc.
3. Feststellung der Jahresrechnung für 1912.
4. Abschluß eines Vertrages mit dem „Gaswerk Niederbarnim-West“ über die Durchlegung eines Gasdruckrohres.
5. Aufnahme einer Anleihe für den Wasserwerksbau.

Hohen Neuendorf, den 18. Oktober 1913.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

### Der Niedergang des Welfentums.

Die etwas lärmvollen Kundgebungen, mit denen die welfische Partei in letzter Zeit zur braunschweigischen Frage hervorgetreten ist, könnten leicht den Eindruck erwecken, als ob die Partei der Anhänger des Herzogs von Cumberland besonders lebensfähig sei und durch die bevorstehende Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig weitere Stärkung zu gewärtigen habe. Daß dem nicht so ist, beweist ein Rückblick auf die Geschichte der hannoverschen Partei seit ihrer Enttötung im Jahre 1866 bis zu den letzten Reichstagswahlen im Januar 1912.

Zunächst fällt dabei auf, wie von parlamentarischer Seite geschrieben wird, doch innerhalb dieses Zeitraums die welfische Partei außerordentlichen Schwankungen unterworfen gewesen ist. Andererseits aber ist unverkennbar, daß die Zahl der welfischen Wahlstimmen bei weitem nicht in dem Maße zugenommen hat, wie die Bevölkerung der Provinz Hannover. Während sich die Bevölkerung seit 1866 etwa um die Hälfte vermehrt hat, ist die Zahl der welfischen Stimmen stabil geblieben. So fielen im Jahre 1871 64, in den ersten Reichstagswahlen von 1907 40 in der Provinz Hannover abgegebenen Stimmen 77 000 auf die Welfen, also etwa 40 Prozent. Bei den letzten Reichstagswahlen im Januar 1912 betrug die Verhältniszahl bei 84 600 welfischen Stimmen nur noch etwa 14 Prozent. Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache. Das Welfentum ist im Rückgang begriffen; wohl hat dann und wann ein kurzes Aufblühen der welfischen Agitation eine Stärkung der Welfenpartei zur Folge gehabt, aber das Welfentum an sich wird von Jahr zu Jahr mehr und mehr verdrängt, wenn auch nicht formellen Verzicht des Prinzen Ernst August auf Hannover seiner letzten Stütze beraubt werden.

Bei den letzten Reichstagswahlen haben die Welfen allerdings einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen gehabt; da sie 84 618 gegen 78 232 Stimmen bei den Wahlen von 1907 erhielten. Aber auch dieser Zuwachs hat der Partei, ganz abgesehen von der Bevölkerungsziffer und rein numerisch, keine solche Erhöhung der Stimmenzahl gebracht, wie sie sie zu gewissen Zeiten, besonders in den achtziger Jahren, aufzuweisen hatte. Damals verfügten die Welfen über mehr als 100 000 Stimmen. So zählten sie 1878: 106 500, 1887: 112 800 und 1890: 105 200 Stimmen. Diese Zahlen waren erheblich größer als die, welche die Welfen bei denjenigen Wahlterminen erzielten, die dem Ende der hannoverschen Selbständigkeit zeitlich näher lagen und somit ein stärkeres Anwachsen der welfischen Stimmen gerechtfertigt hätten. Brachte doch das Jahr 1871 der Partei nur 77 000 und das Jahr 1874 ja nur 74 300 Stimmen.

Derartig niedrige Ziffern sind dann allerdings nicht mehr erreicht worden, bis im Jahre 1907 ein bemerkenswerter Rückschlag eintrat, indem die welfischen Stimmen von 94 300 auf 78 200 zurückgingen. Bei den Nachwahlen in Berden-Hoya-Soke und Blumenthal-Stade erfolgte dann wiederum ein plötzliches Aufschwimmen der Wahlstimmen mit dem Ergebnis, daß der eine der beiden genannten Wahlkreise in welfischen Besitz überging. Natürlich waren es fast immer besondere politische Anlässe, die die jeweilige Stärkung der welfischen Stimmen zur Folge hatten. So bildete die Rückgabe des Welfenfonds einen neuen Anstoß für die Sache des Cumberlanders, und als nach dem Tode des letzten Herzogs von Braunschweig im Oktober 1884 das Recht des Herzogs von Cumberland auf den braun-

schweigischen Thron vom Bundesrat ausdrücklich anerkannt wurde, fand das neue Aufleben der welfischen Propaganda seinen Niederschlag in den Wahlen von 1887, aus denen die Welfen mit 112 000, also mit einem Plus von 16 000 Stimmen, hervorgingen.

Wie weit die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August geeignet ist, der welfischen Agitation das Wasser abzugraben, möge dahingestellt bleiben. Sicher ist von dem künftigen Herzog von Braunschweig zu erwarten, daß er entsprechend seinem Gelübnis nichts zur Förderung der welfischen Sache unternehmen wird. Wenn dann die Zeit das ihrige tut und neue Geschlechter die alten, noch jah an den ererbten Traditionen hängenden Generationen verdrängt haben werden, dann wird — hoffentlich in nicht zu langer Zeit — die welfische Agitation endgültig verstummt und der Friede in deutschen Landen für alle Zeiten gesichert sein.

Pr.

### Deutsches Reich.

Zur Lösung der Welfenfrage wird dem „Tag“ von einer hochtiefenden Persönlichkeit, die über die hannoverschen Verhältnisse ebenso wie über die Ansichten der preussischen Regierung unterrichtet ist, das folgende mitgeteilt:

„Der Prinz Ernst August ist ein Verzicht auf die vermeintlichen Rechte des Welfenheuses, die von Preußen als nicht bestehend angesehen werden, nicht gefordert, wird auch nicht gefordert werden. Für das Reich und für Preußen kam es allein darauf an, vom Prinzen eine Garantie zu erlangen, daß die Rechte auf Hannover, die sein Vater zu haben glaubt, seinerzeit niemals geltend gemacht werden. Diese Garantie hat der Prinz vor seiner Hochzeit gegeben und neuerdings in ungewöhnlicher Weise erklärt. Daß er sich daran für immer gebunden erachtet. Da der Prinz in seinem Herzen solche Rechte zu haben glaubt aber nicht, ist ohne praktische Bedeutung. Ansprüche, die nicht geltend gemacht werden, sind tot. Auch sorgt die Reichsverfassung dafür, daß Ansprüche, die ein Bundesstaat auf ein Gebiet eines anderen etwa zu haben glaubt, schlummern müssen, und daß der Frieden des Reichs und die Harmonie unter den Bundesstaaten dadurch nicht gestört werden können. Dazu kommt, daß der Prinz bei seiner Thronbesteigung die Reichsverfassung feierlich anerkennt wird, die im Artikel 6 Hannovers Jurebuceligt zu Preußen ausdrücklich erwähnt. Was die Welfenpartei anlangt, so ist es für sie gleichgültig, ob Prinz Ernst August auf vermeintliche Rechte auf Hannover verzichtet oder nicht. Die Welfenpartei hat vorläufig nicht den Prinzen, sondern den Herzog von Cumberland als Prätexten auf den Schild erhoben. Für die Zukunft aber kann sie auf den Prinzen nicht mehr rechnen, nachdem er die Garantie gegeben hat, niemals auf Hannover Ansprüche zu erheben und seine Verletzungen unterlassen zu wollen, die den Bestand Preußens anfechten.“

„Wehrlich äußert sich auch die „Köln. Ztg.“. Auch sie hält eine formelle Verzichtserklärung des Prinzen nicht für erforderlich. Wie weiter die „B. Z. a. M.“ mitteilt, soll in den letzten Tagen der in Hubertusdorf weilende Kaiser von dem Prinzen Ernst August, der sich bis zum Abend des 11. Oktober im Neuen Palais bei Potsdam aufhielt, und dann nach Omunden zurückkehrte, eine ganz bestimmte Erklärung in der hannoverschen Frage verlangt haben, die dann auch von dem Prinzen in der gewünschten Form gegeben worden sei. Die Erklärung enthalte alles, was in den Verhandlungen wegen der Uebnahme des braunschweigischen Thrones als strikt bezeichnet worden sei. Sie werde demnächst bekanntgegeben werden.

„Der „Berl. Lok.-Anz.“ endlich weiß — allerdings unter Vorbehalt — zu berichten, daß im Laufe der letzten Woche Geheimrat v. d. Benje aus Omunden in Braunschweig weilte, um als Abgesandter des Herzogs Ernst August von Cumberland mit dem herzoglichen Staatsministerium zu beraten. Am Donnerstag sei auch der braunschweigische Bevollmächtigte beim Bundesrat Geheimrat Legationsrat Boden dort eingetroffen und habe an den Konferenzen in der Angelegenheit teilgenommen. Sie haben zu dem Ergebnis geführt, beim Bundesrat den Antrag auf Aushebung des Bundesratsbeschlusses vom 28. Februar 1907 zu stellen. Geheimrat Legationsrat Boden hat diesen Antrag am Freitag dem Bundesrat überreicht. Als Einzugsstag des jungen Herzogspaares in Braunschweig soll Mittwoch, der 5. November, bereits festgesetzt worden sein.“

Reichstagsverhandlung in Dresden-Neustadt. Bei der Reichstagsverhandlung in Dresden-Neustadt, die am Freitag stattfand, wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Raden (Soz.) der sozialdemokratische Arbeitersekretär Bud gewählt. Nach den bisherigen Ermittlungen erhielt Bud (Soz.) 31 202 Stimmen, Dr. Hartmann (konf.) 14 242 und der Rechtsanwält Rißpel (Sp.) 11 035 Stimmen. Für den konservativen stimmte diesmal das Zentrum bereits im ersten Wahlgang. Im Jahre 1912 war der Sozialdemokrat im ersten Wahlgang mit 31 640 Stimmen gewählt worden.